



**77. Landesparteitag**

Neumünster | 22. November 2025



# Sicherheit für Schleswig-Holstein

**I. BSB SH  
Feuerwehr**

**Beschluss  
des Landesparteitages  
der CDU Schleswig-Holstein**

|    |                                                                                     |           |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1  | <b>Präambel.....</b>                                                                | <b>2</b>  |
| 2  | <b>1. Wir stärken unsere Bundeswehr .....</b>                                       | <b>2</b>  |
| 3  | Dienstpflicht einführen und Reserve aufbauen .....                                  | 3         |
| 4  | Schnelle Beschaffung und gute Infrastruktur .....                                   | 4         |
| 5  | Bundeswehr fördern und sichtbar machen.....                                         | 5         |
| 6  | <b>2. Wir ertüchtigen die Zivile Verteidigung.....</b>                              | <b>7</b>  |
| 7  | Ehrenamt stärken.....                                                               | 9         |
| 8  | Bürgerinnen und Bürger schützen .....                                               | 11        |
| 9  | Selbstvorsorge stärken.....                                                         | 12        |
| 10 | <b>3. Wir bekämpfen hybride Bedrohungen.....</b>                                    | <b>13</b> |
| 11 | Spionage und Sabotage verhindern.....                                               | 13        |
| 12 | Wirksame Drohnenabwehr aufbauen .....                                               | 15        |
| 13 | Zusammenarbeit im Ostseeraum stärken .....                                          | 16        |
| 14 | <b>4. Wir schützen und stärken unsere Wirtschaft.....</b>                           | <b>17</b> |
| 15 | Kritische Infrastruktur schützen .....                                              | 19        |
| 16 | Für Cyber- und Informationssicherheit sorgen .....                                  | 21        |
| 17 | Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein legen ..... | 23        |
| 18 | <b>5. Wir machen Schleswig-Holstein resilienter .....</b>                           | <b>25</b> |
| 19 | Desinformationen erkennen und bekämpfen .....                                       | 25        |
| 20 | Konsequent gegen Hass und Extremismus vorgehen .....                                | 27        |

## 21 **Präambel**

22 Die Sicherheit Deutschlands und Schleswig-Holsteins ist heute so stark bedroht wie seit  
23 dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Die größte und direkteste Bedrohung geht dabei  
24 von Russland aus, das im vierten Jahr einen brutalen und völkerrechtswidrigen  
25 Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und weiter massiv aufrüstet. Der Krieg ist nach  
26 Europa zurückgekehrt. Nahezu täglich werden im Bündnisgebiet und auch in Schleswig-  
27 Holstein hybride Angriffe wahrgenommen. Spionage, Sabotage und Cyberangriffe werden  
28 immer offensichtlicher und intensiver durchgeführt. Deutschland und die NATO sind im  
29 Fadenkreuz feindlich gesinnter Kräfte. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein aufgrund  
30 seiner geografischen Lage als Drehkreuz im Ostseeraum, als Landbrücke nach  
31 Skandinavien und aufgrund seiner kritischen Infrastruktur. Seit längerem warnen die  
32 Nachrichtendienste vor dieser Aggression und vor der Fähigkeit zu einem Angriff auf  
33 NATO-Gebiet. Diese Bedrohung ist real und allgegenwärtig. Als eine der führenden  
34 Nationen der EU und NATO hat Deutschland die Verantwortung, eine aktive Rolle in der  
35 Sicherheitsarchitektur Europas zu übernehmen. Für die CDU Schleswig-Holstein ist  
36 entscheidend: Unsere Sicherheitsarchitektur muss sofort an die neuen Bedrohungen  
37 angepasst und unsere Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden. Dies erfordert auch die enge  
38 Zusammenarbeit mit Nachbarländern sowie europäischen und internationalen Partnern.

39

### 40 **1. Wir stärken unsere Bundeswehr**

41 Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner wirtschaftlichen Stärke und  
42 seines politischen Gewichts Drehscheibe für die Gesamtverteidigung in Nord- und  
43 Zentraleuropa. Dies bedeutet, dass wir im Herzen Europas ein wichtiger Knotenpunkt für  
44 militärische und zivile Logistik sind. Die Kernaufgabe in Krisensituationen ist die schnelle  
45 Mobilisierung von Truppen und Material sowie der Transport durch Deutschland in die  
46 Krisenregion und zurück. Hier würden Reserven verlegt, versorgt und riesige  
47 Logistikketten möglicher Konflikte laufen. Deutschland ist die zentrale Drehscheibe der  
48 NATO geworden und damit von hoher strategischer Bedeutung im Falle eines Konflikts mit  
49 Russland.

50 Um die Infrastruktur und Ressourcen für diese Drehscheibenfunktion zu schaffen bzw.  
51 auszubauen und für den Krisenfall vorbereitet zu sein, bedarf es eines  
52 gesamtgesellschaftlichen Konsenses werden kann. Nur so erhalten wir den notwendigen  
53 gesellschaftlichen Rückhalt. Die Stärkung der Sicherheit umfasst dabei viele Dimensionen.  
54 Die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte ist ein zentraler Baustein. Dabei geht es nicht nur

55 um den bloßen Aufwuchs von Material und Personal, sondern um die Schaffung von  
56 Rahmenbedingungen, die eine schnelle, effektive Verteidigung und Widerstandsfähigkeit  
57 unseres Landes und unserer Gesellschaft ermöglichen. Die Punkte Schnelligkeit und  
58 Effektivität betreffen nicht zuletzt die Bundeswehrstrukturen selbst.

59

## 60 **Dienstpflicht einführen und Reserve aufbauen**

61 Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt, dass die Bundesregierung sich auf ein gemeinsames  
62 Vorgehen beim neuen Wehrdienst verständigt hat. Die flächendeckende Wehrerfassung  
63 und Musterung der Jahrgänge sind wichtige und konsequente Schritte, um unsere  
64 Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Die Wehrerfassung muss auch die Wiedernutzung von  
65 Bestandsdaten, die bis 2011 vorhanden waren, umfassen.

66 Für die Einhaltung der Bündnisverpflichtungen, aber auch für die territoriale Verteidigung  
67 Deutschlands ist die CDU Schleswig-Holstein weiterhin der Überzeugung, dass eine  
68 Wehrpflicht für alle – für Männer und Frauen – die sicherheitspolitischen Realitäten am  
69 besten abbildet und den Weg zu einer allgemeinen Dienstpflicht sichert. Daher spricht sich  
70 die CDU Schleswig-Holstein für die sofortige Einführung der allgemeinen Dienstpflicht aus.

71 Bei der einzuführenden Dienstpflicht sollte zwischen einem Dienst in den Streitkräften und  
72 einem zivilen Engagement gewählt werden können. Die Wahlmöglichkeit zwischen  
73 verschiedenen Optionen erhöht die Motivation der zum Dienst Verpflichteten. Die  
74 Einführung der allgemeinen Dienstpflicht bietet zudem nicht nur vielfältige Möglichkeiten  
75 für das gesellschaftliche Engagement, sie würde gleichzeitig die Bundeswehr personell  
76 stärken.

77 Gleichmaßen bedarf es einer starken Reserve. Die Gesamtverteidigung ist eine nationale  
78 Aufgabe der gesamten Gesellschaft, über alle Generationen hinweg. Wir brauchen ein  
79 gesamtstaatliches Bewusstsein und die Einsicht zur Notwendigkeit einer gut ausgebildeten  
80 und aktiven Reserve, die die Grundlage einer durchhaltefähiger Verteidigungsfähigkeit ist.  
81 Zur Stärkung der Reserve müssen Reservistinnen und Reservisten für Wehrübungen  
82 freigestellt werden. Neben dem Ausbau des militärischen Teils der Reserve ist es von  
83 großer Bedeutung, auch im zivilen Bereich eine Reserve aufzubauen, die in Not- und  
84 Krisenlagen schnell einsatzbereit ist und das stehende Personal unterstützen kann. Die  
85 zivile Reserve sollte ähnlich organisiert sein wie die militärische Reserve. Dazu sollte eine  
86 beordnete Reserve mit festen Spiegeldienstposten sowie eine unbeordnete Reserve als  
87 Personalersatz aufgebaut werden.

## 88 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 89 • die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht mit einem starken Ersatzdienst,
- 90 • alternativ die Einführung der Wehrpflicht für Männer und Frauen,
- 91 • den Ausbau der militärischen Reserve und einer zivilen Reserve im Rahmen der
- 92 allgemeinen Dienstpflicht,
- 93 • die Strukturen der Reserve den Lebenswirklichkeiten von Reservisten anpassen.

## 94 **Schnelle Beschaffung und gute Infrastruktur**

95 Wir begrüßen, dass Deutschland sich zu den NATO-Zielen bei den Verteidigungsausgaben  
96 bekennt und für diese eine Bereichsausnahme von der Schuldenbremse im Grundgesetz  
97 verankert hat. Dies schafft die nötige Planungssicherheit für die Ausrüstung der Truppe.  
98 Nicht zuletzt haben die Verzögerungen beim Digitalfunk deutlich gezeigt, dass es besser  
99 aufgestellter Strukturen bei der Beschaffung der Bundeswehr bedarf, um den neuen  
100 finanziellen Spielraum auch schnell nutzbar machen zu können.

101 Zudem bedarf die Aufwuchs- und Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte einer deutlichen  
102 Steigerung der jährlichen Investitionen in militärische Infrastruktur. Dazu müssen die  
103 gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen für schnellere und effektivere  
104 Entscheidungsprozesse innerhalb der Bundeswehr geschaffen werden. In  
105 herausfordernden Zeiten bilden Schnelligkeit und Effektivität die Basis für eine zeitnahe  
106 und angemessene Reaktionsfähigkeit auf Lageänderungen. Das geplante Bundeswehr-  
107 Infrastrukturbeschleunigungs-gesetz ist daher absolut zwingend. Die Vorlageverpflichtung  
108 gegenüber dem Haushaltsausschuss sollte erst bei deutlich höheren Summen greifen. Die  
109 Nutzung von Verpflichtungsermächtigungen ermöglicht bereits eine mehrjährige  
110 Finanzplanung z. B. für Beschaffungen, die sich über einen langen Zeitraum erstrecken.  
111 Zudem müssen bei besonders kritischer Ausrüstung Ausstattung wie Munition  
112 Vorkehrungen getroffen werden, dass ein ausreichendes Angebot und eine ausreichende  
113 Reserve sichergestellt sind.

114 Die Interoperabilität der Streitkräfte untereinander muss deutlich verbessert und  
115 gemeinsame Fähigkeiten in NATO und EU müssen entwickelt werden. Hierzu dienen u. a.  
116 die Formulierung gemeinsamer, wehrtechnischer Standards und die gemeinsame  
117 Beschaffung von Rüstungsgütern. Die Schaffung eines EU-Binnenmarkts für  
118 Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln muss ein weiteres Ziel sein. Dabei  
119 sollten europäische Rüstungsprojekte verstärkt genutzt werden.

120 Zudem müssen Bauvorhaben der Bundeswehr und Infrastrukturmaßnahmen deutlich  
121 beschleunigt werden. Hierzu zählt auch die Nutzung von Legalplanung bei strategisch

122 wichtigen Verkehrsprojekten. Bauvorhaben, die der nationalen Sicherheit und dem  
123 Erfüllen von Bündnisverpflichtungen dienen, sind vorrangig zu realisieren, z. B. durch  
124 priorisierte Planung und Durchführung, und müssen im überragenden öffentlichen  
125 Interesse liegen. Auch bei zivilen Bauvorhaben sind verteidigungswichtige Aspekte  
126 verstärkt mitzudenken.

127 Um die Wiederaufrüstung der Bundeswehr zu ermöglichen, braucht es neben dem Neubau  
128 vor allem den Erhalt bestehender Infrastruktur sowie den entsprechenden Ausbau.  
129 Deswegen sollten bestehende Standorte erhalten werden wie etwa der Flugplatz Hohn.  
130 Andere Standorte in Schleswig-Holstein müssen schnellstmöglich von der Bundesanstalt  
131 für Immobilienaufgaben (BImA) dahingehend untersucht werden, ob eine  
132 Wiederinbetriebnahme in Frage kommt. Dies stärkt die Bundeswehr und fördert auch die  
133 betreffenden Kommunen.

134 Angesichts der strategisch bedeutsamen Lage Schleswig-Holsteins müssen  
135 militärstrategische Aspekte bei den Planungs- und Bauvorhaben des Landes eine  
136 entscheidende Rolle spielen. Hierfür wollen wir auch die im neuen Mehrjährigen  
137 Finanzrahmen absehbar deutlich steigenden EU-Mittel für Military Mobility im Rahmen der  
138 Connecting Europe Facility für Schleswig-Holstein nutzen. Beim Ausbau bzw. bei der  
139 Instandhaltung der Straßen, Autobahnen, Häfen und Bahnstrecken müssen zukünftig  
140 militärische und strategische Belange Beachtung finden. Dies gilt vor allem für den  
141 Weiterbau der A 20.

#### 142 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 143 • eine deutliche Beschleunigung von Beschaffungsverfahren,
- 144 • eine Verbesserung der Interoperabilität mit den Streitkräften der EU und NATO,
- 145 • die Beschleunigung von Bauvorhaben der Bundeswehr,
- 146 • den Erhalt bestehender und Reaktivierung ehemaliger Standorte,
- 147 • die Einführung des überragenden öffentlichen Interesses für Bauvorhaben der  
148 Bundeswehr und sicherheitsrelevante Infrastrukturmaßnahmen,
- 149 • die Nutzung von Legalplanung bei strategisch wichtigen Verkehrsprojekten,
- 150 • die Berücksichtigung militärstrategischer Anforderungen und Bedarfe bei der  
151 Planung und dem Bau von Infrastrukturvorhaben.

152

#### 153 **Bundeswehr fördern und sichtbar machen**

154 Mit einem „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein“ wollen wir alle  
155 landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Bundeswehr dabei zu unterstützen, ihrem

156 Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung in Schleswig-Holstein bestmöglich  
157 nachzukommen.

158 Um den ungehinderten Austausch zwischen Forschung und Bundeswehr bzw. der  
159 Verteidigungsindustrie zu verbessern, wollen wir im Hochschulgesetz des Landes  
160 Schleswig-Holstein regeln, dass Forschungsergebnisse auch für militärische Zwecke der  
161 Bundesrepublik Deutschland oder der NATO-Partner genutzt werden können. Zudem  
162 wollen wir im Hochschulgesetz die Bestimmung aufnehmen, dass sowohl die Hochschulen  
163 des Landes als auch das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein mit Einrichtungen der  
164 Bundeswehr zusammenarbeiten sollen.

165 Die seit 2019 bestehende Kooperations-Vereinbarung zwischen Bildungsministerium und  
166 Bundeswehr zur Tätigkeit von Jugendoffizieren wollen wir durch eine Änderung des  
167 Schulgesetzes auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

168 Militärische Bauvorhaben in Schleswig-Holstein wollen wir durch Änderungen im  
169 Landesplanungsgesetz und in der Landesbauordnung erleichtern. Im Rahmen des  
170 Landesplanungsgesetzes soll dazu Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes  
171 ein überragendes öffentliches Interesse eingeräumt werden.

172 Neben den genannten gesetzlichen Regelungen ist auch die Sichtbarkeit der Streitkräfte in  
173 der Öffentlichkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz der Truppe in der  
174 Bevölkerung. Die Stärkung der Sichtbarkeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit  
175 unterstreicht die Bedeutung der Streitkräfte als Teil der Gesellschaft. Außerdem verdienen  
176 die unverzichtbare Rolle und die Leistung der Bundeswehr für die Sicherheit und die  
177 Wahrung der Freiheit und des Wohlstands unseres Landes die besondere Aufmerksamkeit,  
178 vor allem aber den Dank und die Anerkennung der Gesellschaft. Dazu tragen z.B. öffentliche  
179 Gelöbnisse ebenso bei wie der öffentlichen Begehung des Veteranentages in Schleswig-  
180 Holstein.

#### 181 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 182 • Eine stärkere Zusammenarbeit der Hochschulen des Landes und des UKSH mit  
183 Einrichtungen der Bundeswehr sowie eine Regelung im Hochschulgesetz, die  
184 Forschungsergebnisse für militärische Zwecke nutzbar macht,
- 185 • die Beschleunigung von Bauvorhaben der Bundeswehr in Schleswig-Holstein durch  
186 Änderungen in Landesplanungsgesetz und Landesbauordnung, u.a. durch ein  
187 überragendes öffentliches Interesse für Erfordernisse der Verteidigung und des  
188 Zivilschutzes,

- mehr Gelöbnisse, Heimkehr-Apelle oder feierliche Antreten zu besonderen Anlässen (z.B. Standortjubiläen etc.) in der Mitte unserer Städte und Gemeinden stattfinden zu lassen.

## **2. Wir ertüchtigen die Zivile Verteidigung**

Schleswig-Holstein ist aufgrund seiner geografischen Lage als Drehkreuz im Ostseeraum von herausragender Bedeutung für den Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Die verbündeten NATO-Streitkräfte sowie die Bundeswehr sind bei der Umsetzung des OPLAN DEU auf die Mitwirkung der zivilen Kräfte der Länder angewiesen. Zur Wahrung des Schutzversprechens gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern müssen wir daher der Zivilen Verteidigung denselben Stellenwert wie der militärischen Verteidigung einräumen. Deswegen hat das Land Schleswig-Holstein als erstes Bundesland eine Task Force „Zivile Verteidigung“ errichtet, um die Bundeswehr bei der Umsetzung des OPLAN DEU zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir den OPLAN SH erarbeiten und bis 2029 umsetzen. Dafür sind die vier Säulen der Zivilen Verteidigung entscheidend: Die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, der Zivilschutz, die Versorgung der Bevölkerung und die Unterstützung der Streitkräfte.

Wir müssen die Staats- und Regierungsfunktionen in Schleswig-Holstein im Verteidigungsfall gewährleisten. Das gilt auch für die Polizei, die Feuerwehren, die Hilfsorganisationen, die Zivil-militärische Zusammenarbeit, die Rettungsdienste, die medizinische Versorgung, die Mitwirkung der Medien sowie die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dafür wollen wir ein Zentrum für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Kiel aufbauen und den Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen personell besser ausstatten. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein wollen wir den baulichen Bevölkerungsschutz gezielt ausbauen. Die Versorgung der Bevölkerung sowie der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte müssen wir jederzeit sicherstellen. Dies umfasst auch die Lebensmittel-, Wasser- und Energieversorgung sowie die Aufrechterhaltung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Um diese Aufgaben zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, müssen wir im ersten Schritt die Zivile Alarmplanung auf Landesebene und kommunaler Ebene vorantreiben. Die Zivile Alarmplanung ist ein zentrales Instrument, um im Zustimmungs-, Spannungs-, Verteidigungs- oder Krisenfall die zügige Umsetzung ziviler Schutz- und Versorgungsmaßnahmen sicherzustellen, sowohl für die Bevölkerung als auch zur Unterstützung der Streitkräfte.

Für die Gesamtverteidigung müssen Bund, Länder und Kommunen die erforderliche Finanzierung im Rahmen ihrer Aufgaben bereitstellen. Dabei obliegen die Ausgaben der Zivilen Verteidigung im ganz überwiegenden Teil dem Bund. Deswegen setzen wir uns als

225 CDU Schleswig-Holstein beim Bund dafür ein, die notwendigen Schritte für eine  
226 auskömmliche Finanzierung in enger Abstimmung mit den Ländern sicherzustellen. Ein  
227 sofortiges Sonderprogramm für die zivile Verteidigung, um nationale Reserven zu  
228 verstärken, Schutzräume zu schaffen und die Warninfrastruktur auszubauen, wäre der  
229 richtige Schritt. Hierfür bietet die Entscheidung des Bundes, nicht nur die Ausgaben für die  
230 Verteidigung, sondern auch für den Zivil- und Bevölkerungsschutz von der  
231 Schuldenbremse auszunehmen, die Grundlage für eine schnelle Ausfinanzierung der  
232 konkreten Maßnahmen der Zivilen Verteidigung. Gleichzeitig ist die Überarbeitung der  
233 Bundesgesetze im Bereich der Bundesauftragsverwaltung notwendig, um konkrete zivile  
234 Hilfeleistungen festzuschreiben und damit einen verbindlichen Rechtsrahmen für Länder  
235 und Kommunen zu gewährleisten. Dafür werden wir uns ebenfalls einsetzen. Wichtig ist,  
236 dass die finanziellen Mittel zügig in den Aufbau und Aufwuchs der Verteidigungsfähigkeit  
237 Deutschlands fließen. Dafür kann der vom Bund geplante „Pakt für den  
238 Bevölkerungsschutz“ einen wichtigen Meilenstein bilden. Diese Vereinbarung sollte aber  
239 nicht nur zwischen dem Bund und den Ländern geschlossen, sondern auch auf die  
240 Kommunen ausgeweitet werden. Nur so können nachhaltige Investitionen in die  
241 Ausstattung, insbesondere bei Unterbringung, Fahrzeugen und IT-Infrastruktur,  
242 sichergestellt werden.

243 Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt die Gründung des Nationalen Sicherheitsrates auf  
244 Bundesebene als Schnittstelle zwischen innerer, äußerer, wirtschaftlicher und digitaler  
245 Sicherheit und die geplante Einbindung der Länder. Relevante Erkenntnisse, Planung,  
246 strategische Vorausschau und Entscheidungsbedarfe müssen von Bund, Ländern und  
247 Kommunen unbedingt zusammengeführt werden. Zivile Verteidigung endet jedoch nicht  
248 an nationalen Grenzen. Schleswig-Holstein soll aktiv in europäische Resilienz-Netzwerke  
249 und den EU-Katastrophenschutz-mechanismus (rescEU) eingebunden werden.  
250 Gemeinsame Frühwarnsysteme, Notfallplanungen und Ausbildung sollten europäisch  
251 abgestimmt werden.

#### 252 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 253 • die Unterstützung der Bundeswehr bei der Umsetzung des OPLAN DEU durch die  
254 Task Force „Zivile Verteidigung“,
- 255 • die Erarbeitung und Umsetzung des OPLAN SH bis 2029,
- 256 • die Umsetzung der vier Säulen der Zivilen Verteidigung in Schleswig-Holstein bis  
257 2029 einschließlich der Festlegung eines konkreten Meilensteinplans für Land und  
258 Kommunen,

- 259 • die Erarbeitung einer zivilen Alarmplanung zur Sicherstellung der unverzüglichen  
260 Umsetzung von zivilen Maßnahmen zum Schutz und zur Versorgung der  
261 Bevölkerung,
- 262 • die Ausfinanzierung der Maßnahmen zum Aufbau der Zivilen Verteidigung durch  
263 den Bund auf Grundlage der Bereichsausnahme der Schuldenbremse,
- 264 • eine Aktualisierung der Bundesgesetze für einen verbindlichen Rechtsrahmen für  
265 Länder und Kommunen sowie eine Kostenübernahme des Bundes für die Zivile  
266 Verteidigung,
- 267 • ein Sofortprogramm des Bundes für die zivile Verteidigung, um nationale Reserven  
268 zu verstärken, Schutzräume zu schaffen und die Warninfrastruktur auszubauen,
- 269 • den Aufbau eines Zentrums für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Kiel.  
270

## 271 **Ehrenamt stärken**

272 Für die CDU Schleswig-Holstein ist klar: Eine abschreckende Gesamtverteidigung erfordert  
273 ein starkes Ehrenamt im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes. Kaum eine Aufgabe  
274 ist für unser Gemeinwesen von so elementarer Bedeutung wie der Schutz unserer  
275 Bevölkerung – und kaum eine Aufgabe wird so sehr von engagierten Menschen vor Ort  
276 getragen wie diese. Ob ehrenamtlich im Katastrophenschutz, in der Freiwilligen  
277 Feuerwehr, bei den Hilfsorganisationen, dem Technischen Hilfswerk oder hauptamtlich in  
278 den Verwaltungen unserer Städte, Ämter und Gemeinden – sie alle leisten tagtäglich einen  
279 entscheidenden Beitrag für die Sicherheit in Schleswig-Holstein.

280 Das ehrenamtliche Fundament müssen wir durch konkrete Anreize weiter stärken. Denn  
281 wir brauchen dringend mehr Menschen – ob jung oder alt –, die sich im Zivilschutz  
282 engagieren. Dafür wollen wir die Aus- und Fortbildung in ehrenamtlichen und  
283 hauptamtlichen Strukturen ausbauen. Bei der Landesfeuerwehrschule wollen wir eine  
284 Akademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung entwickeln. Der Standort der  
285 Landesfeuerwehrschule in Harrislee soll dabei um einen zweiten Standort im Land  
286 erweitert werden. Gleichzeitig brauchen ehrenamtliche Hilfsorganisationen unsere  
287 Unterstützung beim Anwerben weiterer Helferinnen und Helfer sowie bei der Ausweitung  
288 ihrer Aus- und Fortbildungskapazitäten.

289 Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind häufig in mehreren Hilfsorganisationen  
290 „parallel“ aktiv. Gleichzeitig können sie durch ihren Beruf (z. B. Polizei, Streitkräfte,  
291 Gesundheitswesen) im Krisen-, Spannungs- oder Verteidigungsfall unabdingbar sein. Im  
292 Zivilschutzfall können Helferinnen und Helfer nur eine Aufgabe wahrnehmen. Deswegen  
293 benötigen wir eine zentrale Übersicht über die Personenstärke unserer Helferinnen und  
294 Helfern, um gezielter planen und konkrete Bereiche stärken zu können. Daher wollen wir

295 eine digitale Abfrage zur Ermittlung der tatsächlich verfügbaren ehrenamtlichen Kräfte  
296 etablieren.

297 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 298 • die Ausweitung von Aus- und Fortbildung im Zivilschutz,
- 299 • die Aufstellung von Reservegruppen im Zivil- und Bevölkerungsschutz, die  
300 ausgebildet, ausgerüstet und in regelmäßige Übungen eingebunden werden,
- 301 • die Entwicklung einer Akademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung bei  
302 der Landesfeuerwehrschule,
- 303 • die Stärkung der finanziellen Unterstützung der ehrenamtlichen Organisationen,
- 304 • die Erstellung einer Übersicht der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im  
305 Rahmen der Zivilen Verteidigung mit dem Ziel der Sicherstellung eines  
306 ausreichenden tatsächlich verfügbaren Kräftepotenzials,
- 307 • die regelmäßige Durchführung von Führungsübungen der  
308 Blaulichtorganisationen mit der Bundeswehr.

## 309 **Bürgerinnen und Bürger schützen**

310 Resiliente zivile Strukturen sind wichtig für eine wirksame Gesamtverteidigung und  
311 erfolgreiche Abschreckungswirkung. Ein zentrales Element dafür ist ein funktionierendes  
312 und redundantes Warnsystem, das alle Bürgerinnen und Bürger schnell und zuverlässig  
313 erreicht. Neben digitalen Warn-Apps, Cell Broadcast und Rundfunkdurchsagen müssen wir  
314 auch unsere Sirenen schneller ertüchtigen. Gerade nachts, bei Stromausfällen oder in  
315 Gebieten mit schlechtem Mobilfunkempfang können Sirenen Leben retten. Schleswig-  
316 Holstein setzt mit dem umfassenden landeseigenen Sirenenförderprogramm bereits  
317 bundesweit Maßstäbe. Mit einem weiteren Förderprogramm haben wir eine  
318 Anschubfinanzierung für die flächendeckende Einrichtung von Notfallinfopunkten  
319 geleistet, damit die Bevölkerung auch im Krisenfall gut informiert ist und Notrufe abgesetzt  
320 werden können.

321 Für die CDU Schleswig-Holstein ist entscheidend, dass die Bevölkerung nicht nur gewarnt  
322 wird, sondern auch Schutz finden kann. Mit den früher üblichen Bunkeranlagen lässt sich  
323 dieses Ziel jedoch nicht erreichen. Seit dem Jahr 2007 hat der Bund im Zuge der  
324 Friedensdividende öffentliche Schutzräume sukzessive rückabgewickelt. Die noch  
325 bestehenden Anlagen sind derzeit weder funktionstüchtig noch einsatzbereit. Daher  
326 erarbeitet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zurzeit mit  
327 Unterstützung des Bundes und der Länder eine nationale Schutzraumstrategie. Dabei  
328 werden insbesondere öffentliche Gebäude und private Immobilien erfasst, die als  
329 öffentliche Zufluchts- und Schutzorte genutzt werden können. Diese Schutzraumstrategie  
330 wollen wir für Schleswig-Holstein ausbauen. Bei geeigneten Neubauten und Sanierungen  
331 von öffentlichen Gebäuden des Landes und der Kommunen – wie Schulen,  
332 Jugendherbergen, Krankenhäusern, Feuerwehrhäusern – sollten Zufluchts- und  
333 Schutzräume für Bürgerinnen und Bürger mitgedacht und geschaffen werden. Wir setzen  
334 uns dafür ein, dass der Bund die Finanzierung der Schutzräume sicherstellt.

335 Darüber hinaus wollen wir die Bevorratung der Notfallausstattung als Reserve für die  
336 Grundversorgung der Bevölkerung weiter ausbauen. Schleswig-Holstein verfügt bereits  
337 über ein Katastrophenschutzlager mit verschiedenen Geräten und Materialien zur  
338 Bewältigung von Krisen- und Katastrophenfällen wie zum Beispiel mobile  
339 Notstromaggregate. Diese logistische Infrastruktur müssen wir zügig weiter ausbauen und  
340 nördlich des Nordostseekanals einen zweiten Standort errichten. Auch ausreichende  
341 Reserven an Blut und Plasmavorräten sind Teil einer ganzheitlichen Bevorratung. Diese  
342 kann durch Werbemaßnahmen insbesondere zielgerichtet an junge Menschen verbessert  
343 werden. Gleichzeitig sind auch Kommunen gefordert, die Krisenresilienz der Städte und  
344 Gemeinden zu stärken. Im ersten Schritt wollen wir die erfolgreiche Fahrzeug-

345 Sammelbeschaffung mit Kommunen auch auf die Beschaffung von Notstromaggregaten  
346 ausweiten.

347 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 348 • den schnellen Ausbau von Sirenen zur Warnung der Bevölkerung,
- 349 • bei Neu- oder Umbau von öffentlichen Liegenschaften Notunterkünfte und  
350 Schutzräume zu ertüchtigen,
- 351 • im Rahmen des Krankenhausbaus die besonderen Anforderungen von Krisenfällen  
352 zu berücksichtigen, zum Beispiel durch die Erhöhung der Behandlungskapazitäten,
- 353 • den Ausbau des Katastrophenschutzlagers sowie der Bevorratung der  
354 Notfallausstattung zum Schutz der Bevölkerung,
- 355 • die Anzahl junger Blut- und Plasmaspender durch Werbemaßnahmen zu erhöhen.

356

357 **Selbstvorsorge stärken**

358 Die vergangenen Jahre haben uns eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig ein  
359 leistungsfähiger Bevölkerungsschutz ist. Unsere Strukturen sind bereits deutlich robuster  
360 als vor einigen Jahren. An der Robustheit unserer Strukturen müssen wir gemeinsam  
361 weiterarbeiten. Doch die notwendigen staatlichen Vorbereitungen werden allein nicht  
362 ausreichen. Auch Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf Krisen und Katastrophen  
363 vorbereiten. Über Jahrzehnte haben wir in Deutschland von einer Zeit des Friedens und der  
364 Stabilität profitiert. Viele Menschen sind es daher nicht mehr gewohnt, über Notfälle oder  
365 längere Ausfälle kritischer Infrastruktur nachzudenken und Vorräte für mindestens drei  
366 Tage anzulegen. Deswegen muss auch die Selbstvorsorge wieder stärker ins Bewusstsein  
367 rücken. Hierfür gibt es umfangreiche und frei zugängliche Empfehlungen des Bundesamts  
368 für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – von detaillierten Checklisten über  
369 Vorrattstabellen bis hin zu Anleitungen für Notgepäck. Diese Empfehlungen des Bundes  
370 wollen wir unterstützen und eine landeseigene Kampagne ins Leben rufen, die über  
371 Notfallvorsorge, Selbsthilfemaßnahmen und Erste-Hilfe-Kenntnisse aufklärt.

372 Neben der Stärkung der Selbstvorsorge müssen wir Kapazitäten für eine Grundausbildung  
373 im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes schaffen. Wir brauchen auch  
374 Ausbildungsangebote für sogenannte ungebundene Helferinnen und Helfer, die keiner  
375 Einsatzorganisation angehören, die aber in Krisen und Katastrophen helfen wollen. Wir  
376 sehen es als notwendig an, diese Ausbildungsangebote auch an allen schulischen,  
377 universitären und beruflichen Ausbildungseinrichtungen anzubieten. Es ist zwingend  
378 notwendig, auch junge Menschen durch Trainings auf Krisen vorzubereiten. Deswegen

379 wollen wir an Schulen, Hochschulen und allen weiteren Ausbildungseinrichtungen  
380 Zivilschutz-Übungen etablieren.

381

### 382 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 383 • eine Informationskampagne für Schleswig-Holstein zum Thema  
384 „Selbstschutz/Selbstvorsorge“,
- 385 • die Stärkung der Ausbildung für ungebundene Helferinnen und Helfer,
- 386 • die Etablierung von Zivilschutz-Übungen an Schulen, Hochschulen und anderen  
387 Ausbildungseinrichtungen.

388

### 389 **3. Wir bekämpfen hybride Bedrohungen**

390 Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat für die CDU Schleswig-Holstein oberste  
391 Priorität. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind auch ganz  
392 konkret in Schleswig-Holstein zu spüren. Sabotage, Spionage, Desinformation,  
393 Cyberattacken, Verunsicherungskampagnen in der Bevölkerung sind typische Elemente  
394 hybrider Kriegsführung. Ausländische Akteure nutzen diese, um unsere Gesellschaft zu  
395 destabilisieren und unsere Demokratie zu untergraben. Das verlangt  
396 umfassende Vorkehrungen bei der Bundeswehr sowie den Sicherheitsbehörden des  
397 Bundes und der Länder.

### 398 **Spionage und Sabotage verhindern**

399 Gezielte Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur – etwa durch Störung von IT-Systemen,  
400 Beschädigung von Unterwasserkabeln auf dem Meeresgrund oder das Ausspähen sensibler  
401 Einrichtungen mittels Drohnen – dienen dem Zweck, Verunsicherung hervorzurufen und  
402 das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates zu erschüttern. Deutschland und  
403 Schleswig-Holstein, mit seiner Lage als Drehkreuz im Ostseeraum, brauchen einen  
404 weitreichenden Schutzschirm, um die hybriden Angriffe insbesondere ausländischer  
405 Akteure effektiv abzuwehren.

406 In den vergangenen Jahren wurde die Landespolizei um fast 900 Stellen verstärkt. Im  
407 Landeskriminalamt wurde eine neue Cyber-Abteilung sowie eine Einheit gegen Spionage  
408 und Sabotage aufgebaut. Diese vorausschauenden Entscheidungen haben unsere  
409 Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt, schnell und konsequent gegen hybride

410 Bedrohungen vorzugehen. Die Durchsuchung des SCANLARK-Frachters ist ein Beleg für  
411 das konsequente Einschreiten unserer Sicherheitsbehörden.

412 Die Zahl der Spionage- und Sabotageverdachtsfälle nimmt rasant zu. Schleswig-Holstein ist  
413 Standort zahlreicher Bundeswehreinrichtungen, Rüstungs- und Zulieferbetriebe,  
414 Forschungseinrichtungen sowie kritischer Infrastrukturen, die zum traditionellen  
415 Zielspektrum der Spionage zählen. Auch kleinere und mittelständische Unternehmen, von  
416 denen die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein geprägt ist, verfügen oftmals über  
417 spezielles Know-how und können deshalb ein begehrtes Ziel von ausländischen  
418 Nachrichtendiensten sein. Ausländische Akteure setzen sogenannte „Low-Level-Agenten“  
419 oder „Wegwerf-Agenten“ ein, die von ausländischen Nachrichtendiensten angeworben  
420 werden, um auszuspähen, Propaganda zu verbreiten oder zu sabotieren.

421 Wir müssen unsere Sicherheitsbehörden und Justiz weiter personell stärken, um die  
422 Zunahme der hybriden Bedrohungen zu bekämpfen und zu verfolgen. Die Zusammenarbeit  
423 mit dem Bund, anderen Ländern und Anrainerstaaten muss noch einmal intensiviert  
424 werden. Gleichzeitig müssen wir unsere Sicherheitsgesetze nochmals aktualisieren, um  
425 Spionage und Sabotage schneller zu bekämpfen. Dafür wollen wir ein Gesetz zum Schutz  
426 der kritischen Infrastruktur (Landes-KRITIS-Gesetz) schaffen. Damit werden wir die  
427 Eingriffsbefugnisse der Polizei erweitern und anlassunabhängige Kontrollmöglichkeiten  
428 von Schiffen, wie denen der Schattenflotte, einführen. Auch die Vorschriften des  
429 Präventivgewahrsams sowie der elektronischen Aufenthaltsüberwachung wollen wir zum  
430 Schutz kritischer Infrastruktur erweitern.

431 Darüber hinaus fordert die CDU Schleswig-Holstein ein Seesicherheitsgesetz des Bundes.  
432 Wie im Luftraum sind auch auf See die Bedrohungen vielfach. Besonders zur Beurteilung  
433 der Lage unter Wasser und der Begegnung von möglichen Angriffen hat ausschließlich die  
434 Marine die Fähigkeiten zur Erkennung und Abwehr. Daher sollten die Zuständigkeiten auch  
435 entsprechend der Fähigkeiten geregelt werden.

#### 436 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 437 • die Einführung eines Landes-KRITIS-Gesetzes zum Schutz kritischer Infrastruktur,
- 438 • die Aufnahme einer Legaldefinition des Begriffes „KRITIS“,
- 439 • anlassunabhängige Kontrollbefugnisse innerhalb eines Bereichs einer
- 440 Anlage/Einrichtung der KRITIS,
- 441 • anlassunabhängige Kontrollbefugnisse auf der Nord- und Ostsee,
- 442 • die Erweiterung der Vorschriften des Präventivgewahrsams und für den Einsatz der
- 443 elektronischen Fußfessel,
- 444 • ein Seesicherheitsgesetz.

445

## 446 **Wirksame Drohnenabwehr aufbauen**

447 Deutschland muss seine Drohnenabwehr noch schneller aufrüsten. Schleswig-Holstein ist  
448 längst aktiv geworden und leistet dazu seinen Beitrag. Die Landespolizei und der  
449 Verfassungsschutz wurden mit zusätzlichen Expertinnen und Experten verstärkt. Die  
450 Landespolizei hat bereits im Jahr 2024 Geräte zur Drohnenabwehr angeschafft und in  
451 kürzester Zeit ein weitreichendes Drohnenabwehrkonzept erarbeitet, das sich in der  
452 Umsetzung befindet. Dieses Konzept sieht für die Landespolizei ein stufenweises  
453 Eingreifen sowie alle Möglichkeiten der Drohnenabwehr vor: detektieren, verifizieren und  
454 intervenieren.

455 Gleichzeitig ist es aus Sicht der CDU Schleswig-Holstein notwendig, die Forschung und  
456 Entwicklung sowie den Einsatz von Detektions- und Abwehrsystemen gegen Drohnen  
457 voranzutreiben und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen, um den sicheren  
458 Einsatz dieser Technologie zu gewährleisten. Die Landespolizei hat bereits eine gesetzliche  
459 Grundlage zur Drohnenabwehr. In Schleswig-Holstein besteht also bereits die Möglichkeit  
460 zum Detektieren, Verifizieren und – unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit – auch zum  
461 Abschuss von Drohnen. Diese generelle Befugnis wollen wir konkretisieren, um der  
462 Landespolizei einen noch klareren Rechtsrahmen zur Drohnenabwehr zu geben.

463 Darüber hinaus müssen die rechtlichen Befugnisse der Bundespolizei und der Bundeswehr  
464 geschärft und erweitert werden. Ermüdende Debatten über Zuständigkeiten der  
465 Sicherheitsbehörden sind dabei fehl am Platz. Die CDU Schleswig-Holstein vertritt die  
466 Position, dass alle Sicherheitsbehörden die gleichen rechtlichen Möglichkeiten zur  
467 Drohnenabwehr haben müssen. Das heißt gleiche und schlagkräftige Befugnisse für die  
468 Bundespolizei, Landespolizei und die Bundeswehr, um Drohnen abzuwehren. Die  
469 Bundeswehr darf nicht durch die Zäune der eigenen Liegenschaften beschränkt sein, sie  
470 muss im Inland tätig sein dürfen. Dafür muss das Grundgesetz – Art. 35 Grundgesetz –  
471 geändert werden, das bereits eine Bundeswehrunterstützung im Inland im Fall von  
472 Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen ermöglicht. Im ersten Schritt  
473 ist die Änderung des Luftsicherheitsgesetzes gleichwohl richtig, damit die Bundeswehr  
474 schnellstmöglich bei der Abwehr von Drohnen technisch unterstützen darf. Um  
475 militärische Drohnen abwehren zu können, muss der von der EU vorgeschlagene  
476 Drohnenwall in Osteuropa auch in Schleswig-Holstein errichtet werden.

477 Die Bundesregierung hat ein neues Drohnenabwehrzentrum angekündigt, das nicht nur  
478 Kompetenzen der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes sowie der Polizeibehörden der  
479 Länder bündeln, sondern auch das Know-how und neue Forschungsprojekte initiieren soll.

480 Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Zentrum nach Schleswig-Holstein kommt.  
481 Unsere Landespolizei hat sich ein hohes Know-how im Bereich der Drohnenabwehr  
482 aufgebaut und prägt maßgeblich die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder.

483 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 484 • einen unverzüglichen Ausbau der Fähigkeiten zur Drohnenabwehr „von  
485 Landespolizei, Bundespolizei und Bundeswehr,
- 486 • die Schaffung einer Drohnen-Eingriffseinheit bei der Landespolizei,
- 487 • die Errichtung eines Schutzschirms in Schleswig-Holstein bestehend aus einem  
488 Drohnenwall, um Bedrohungen Deutschlands und der NATO durch militärische  
489 Drohnen abzuwehren,
- 490 • die Errichtung des Drohnenabwehrzentrums des Bundes in Schleswig-Holstein,
- 491
- 492 • die Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und die Schaffung einer  
493 konkretisierten Befugnis für die Landespolizei zur Drohnenabwehr,
- 494 • im ersten Schritt die Änderung des Luftsicherheitsgesetzes, um die technische  
495 Unterstützung der Landespolizei durch die Bundeswehr bei der Drohnenabwehr zu  
496 ermöglichen, sowie die Änderung des Bundespolizeigesetzes,
- 497 • die Änderung des Grundgesetzes, um den Bundeswehreinsatz im Inland zur Abwehr  
498 von Drohnen zu ermöglichen.

499

500 **Zusammenarbeit im Ostseeraum stärken**

501 Im Ostseeraum ist die gesamte maritime kritische Infrastruktur durch hybride  
502 Kriegsführung gefährdet. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein mit seiner einzigartigen  
503 geografischen Lage. Russland nutzt die sog. „Schattenflotte“ von getarnten Aufklärungs-  
504 und Spionageschiffen, um unter dem Deckmantel von Fischereischutz oder  
505 Frachtschiffahrt unsere Infrastruktur auszukundschaften beziehungsweise zu bedrohen.  
506 Besonders im maritimen Raum befindet sich eine Vielzahl von Infrastruktur, die vor  
507 Spionage und Sabotage geschützt werden muss – wie Unterseedatenkabel, Pipelines der  
508 Energieversorgung, Offshore-Energieinstallationen sowie die jeweiligen Transfer- und  
509 Transportrouten. Angesichts der Bedeutung dieser maritimen Infrastruktur setzen wir uns  
510 als CDU Schleswig-Holstein für eine strategisch abgestimmte Stärkung der  
511 Schutzvorkehrungen auf nationaler und europäischer Ebene ein. Dabei muss die  
512 Zusammenarbeit nicht nur zwischen dem Bund, den Küstenländern und den

513 Anrainerstaaten, sondern insbesondere zwischen dem Staat und der Wirtschaft  
514 intensiviert werden. Zugleich muss der Ostseerat als eine zentrale Institution zur  
515 Förderung von Stabilität und Demokratie einbezogen werden.

516 Die CDU Schleswig-Holstein fordert eine Stärkung der Kontrollen und der gemeinsamen  
517 Überwachung der Ostsee durch Anrainerstaaten. Gleichzeitig müssen die Sanktionen  
518 gegen sogenannte russische Schattenflotten ausgeweitet werden. Der schlechte Zustand  
519 dieser Flotten vergrößert immens die Gefahr von Umweltkatastrophen im Falle einer  
520 Havarie. Deswegen ist es notwendig, eine entsprechende Versicherungspflicht für Schiffe –  
521 unter Einhaltung des Völkerrechts – einzuführen. Darüber hinaus müssen wir eine  
522 Radarabdeckung des gesamten Küstenmeeres sicherstellen. Eine lückenlose  
523 Radarabdeckung auf See ist zur Überwachung der hybriden Bedrohungen von  
524 entscheidender Bedeutung. Dafür setzen wir uns beim Bund ein.

525

#### 526 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 527 • eine Stärkung der Kontrollen an Nord- und Ostsee zum Schutz der maritimen  
528 kritischen Infrastruktur,
- 529 • eine Ausweitung der Sanktionen gegen sog. russische Schattenflotten,
- 530 • die Einführung einer Versicherungspflicht für Schiffe,
- 531 • eine lückenlose Radarabdeckung zur Überwachung von hybriden Bedrohungen.

532

#### 533 **4. Wir schützen und stärken unsere Wirtschaft**

534 Die Gefahren unserer Zeit sind von hybrider Natur. Sie verknüpfen digitale Angriffe,  
535 gezielte Desinformation, ökonomische Erpressung und brüchige Lieferketten zu einem  
536 neuartigen Muster der Konfrontation. Insbesondere Akteure aus dem Ausland, die diese  
537 Mittel anwenden, greifen nicht allein militärische Ziele an, sondern richten sich  
538 unmittelbar gegen unsere Wirtschaft und damit gegen den Zusammenhalt unserer  
539 Gesellschaft. Sicherheit muss deshalb ganzheitlich, mit Weitblick und Verantwortung  
540 begriffen werden. Die CDU Schleswig-Holstein will Unternehmen und Verwaltung  
541 schützen, unsere Infrastruktur robuster machen, die Energieversorgung und resiliente  
542 Lieferketten sicherstellen und der Forschung einen verantwortungsvollen Rahmen  
543 eröffnen. Nur auf diesem Weg bleibt Deutschland, bleibt Schleswig-Holstein ein Land, das  
544 Freiheit, Wohlstand und Sicherheit auf Dauer gewährleisten kann.

545 Unser Land besitzt eine einzigartige geografische und infrastrukturelle Ausgangslage.  
546 Häfen wie Kiel, Lübeck oder Brunsbüttel sind nicht nur Dreh- und Angelpunkte des  
547 internationalen Güterverkehrs, sondern können – strategisch genutzt – zu Ankerpunkten  
548 für Resilienz werden.

549 Wir müssen unsere Lieferketten krisenfest gestalten. Die Corona-Pandemie hat uns auf  
550 drastische Weise vor Augen geführt, wie riskant Abhängigkeiten in der Energieversorgung  
551 oder unzureichende Vorräte sind. Staatliche Lagerbestände müssen daher fortlaufend  
552 überprüft und in enger Abstimmung mit den relevanten Branchen angepasst werden. Zum  
553 Beispiel in der Ernährungsnotfallvorsorge sehen wir, dass sich der Bund auf den Weg  
554 macht, um Strukturen zu stärken. Das unterstützen wir als CDU Schleswig-Holstein.  
555 Darüber hinaus benötigen wir Produktionszentren für kritische Güter, von Arzneimitteln  
556 über Halbleiter bis zu essenziellen Chemikalien, in Schleswig-Holstein, Deutschland und  
557 zumindest auf Ebene der Europäischen Union. Monopollieferanten für lebenswichtige  
558 Güter und Dienstleistungen sollen vermieden werden. Deutschland muss aktiv verlässliche  
559 Handelsbeziehungen aufbauen und pflegen, aber auch eigene Strukturen entwickeln, um  
560 in Krisen nicht von einzelnen Partnern abhängig zu sein. Auch die öffentliche Hand trägt  
561 hierbei Verantwortung. Das Vergaberecht sollte dahingehend überprüft werden, regionalen  
562 Anbietern mindestens in Krisensituationen den Vorrang bei der Beschaffung  
563 sicherheitsrelevanter Güter geben zu können.

564 Die Energieversorgung bildet ein tragendes Fundament unseres Gemeinwesens. Eine  
565 Mangellage im Strombereich zählt zu den gravierendsten und potenziell destabilisierenden  
566 Risiken für Deutschland. Ein flächendeckender Blackout hätte milliardenschwere Folgen  
567 und würde das Vertrauen in Staat und Wirtschaft schwer erschüttern. Der rasche Bau von  
568 Spitzenlast-Gaskraftwerken (Wasserstoff-ready) und dezentralen Kraft-Wärme-  
569 Kopplungs-Anlagen neben der Nutzung unserer erneuerbaren Energie könnte ein Weg  
570 sein, um die Versorgung im Notfall zu gewährleisten. Dabei streben wir den Einsatz CO<sub>2</sub>-  
571 neutraler Brennstoffe wie Biogas oder synthetischer Energieträger an.

572 Doch Sicherheit der Versorgung erschöpft sich nicht im Energiesektor. Gerade in  
573 Krisenzeiten wird die Telekommunikation zur kritischen Lebensader. Wenn die  
574 eingeübten Kommunikationswege ausfallen, müssen wir sicherstellen, dass insbesondere  
575 unsere kritische Infrastruktur geschützt und funktionsfähig ist. Deshalb haben wir mit dem  
576 Projekt „Netzhärtung“ alle BOS-Standorte in Schleswig-Holstein mit einer autarken  
577 Stromversorgung ausgestattet, die eine Betriebsdauer von mindestens 72 Stunden  
578 gewährleistet. Darüber hinaus wurden die bisher verwendeten störanfälligen  
579 Kupferleitungen durch eine moderne Glasfasertechnologie ersetzt.

580 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- einen verstärkten Ausbau der Nutzung von grünem Wasserstoff im Land mit besonderer Priorität für sicherheitsrelevante Anwendungen und Verbindung von Produktion, Speicherung sowie Versorgung kritischer Infrastruktur,
- die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen zu schaffen, um mehr Produktionsstätten für Schlüsseltechnologien und kritische Güter in Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein anzusiedeln und im Übrigen diversifizierte, verlässliche Handelsbeziehungen mit Drittstaaten aufzubauen und zu pflegen, um die Abhängigkeit in Krisen abzumildern,
- ein ganzheitliches Sicherheitsverständnis zu etablieren, das Wirtschaft, Verwaltung, Energie, Kommunikation und Gesellschaft gleichermaßen einbezieht und hybride Bedrohungen wie Desinformation oder Cyberangriffe abwehrt,
- Infrastruktur und staatliche Vorsorgestrukturen zu stärken, etwa durch regelmäßige Überprüfung von Lagerbeständen, strategische Nutzung der Häfen als Resilienzanker und den weiteren Ausbau der Netzhärtung im Telekommunikationsbereich,
- das Vergaberecht anzupassen, um in Krisensituationen regionalen Anbietern Vorrang bei sicherheitsrelevanten Beschaffungen zu geben und so Versorgungssicherheit sowie wirtschaftliche Stabilität zu fördern.

## **Kritische Infrastruktur schützen**

Die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur und ihre jederzeitige Verfügbarkeit sind essenziell für das gesamte staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben. Für die Zuverlässigkeit der Kritischen Infrastrukturen sind insbesondere deren Betreiber verantwortlich. Sie ergreifen auf Basis gesetzlicher Regelungen oder auch freiwillig eigenverantwortlich Maßnahmen, um die Resilienz der Kritischen Infrastrukturen zu erhöhen. Kleinere Betreiber dürfen dabei nicht allein gelassen werden. Sie benötigen staatliche Unterstützung. Gleichzeitig sind eine strengere Aufsicht, verbindliche Mindeststandards und wirksame Sanktionen bei Pflichtverletzungen unabdingbar.

Dabei müssen die rechtlichen Mindeststandards zum Schutz von kritischer Infrastruktur noch klarer formuliert werden. Das KRITIS-Dachgesetz des Bundes, das aufgrund europäischer Vorgaben bis Oktober 2024 hätte in Kraft treten müssen, muss schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Das Gesetz muss auf klare Vorgaben zur Prävention, Vorbereitung, Bewältigung und Nachsorge von Störungen ausgerichtet werden. Darüber hinaus sind alle Sektoren der kritischen Infrastruktur ausdifferenziert zu regeln. Wir setzen uns dafür ein, diese Regelungslücken zu schließen, um die Resilienz von kritischer Infrastruktur ganzheitlich zu erhöhen.

617 Es gehört zu den zentralen Aufgaben staatlicher und kommunaler Sicherheitsvorsorge,  
618 kritische Infrastrukturen zu schützen und damit die Versorgung der Bevölkerung mit  
619 lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Wir müssen unser  
620 Katastrophenschutzlager im Land unter Berücksichtigung von Komponenten für kritische  
621 Güter (z. B. Medikamente, Notstromaggregate, Lebensmittel) weiter ausbauen. Außerdem  
622 gilt es, regionale Krisenmanagement-Zentren zu schaffen, die im Ernstfall schnell die  
623 Wiederherstellung lebenswichtiger Dienste organisieren. Zudem müssen private Betreiber  
624 stärker in nationale Notfallübungen und Krisenszenarien integriert werden, damit im  
625 Ernstfall jeder Handgriff sitzt.

## 626 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 627 • eine Anpassung und schnelle Verabschiedung des KRITIS-Dachgesetzes durch den  
628 Bund,
- 629 • eine konsequente Umsetzung von KRITIS-Standards, inkl. verpflichtender  
630 Mindestschutzmaßnahmen,
- 631 • die Mitwirkung privater Betreiber an Notfallübungen und Krisenszenarien,
- 632 • die deutliche Ertüchtigung des Katastrophenschutzlagers im Land unter  
633 Berücksichtigung der Bevorratung kritischer Güter.

634

## 635 **Für Cyber- und Informationssicherheit sorgen**

636 Digitale Technologien bilden das Nervensystem unserer modernen Welt. Sie sind Motor  
637 unseres Wohlstandes und zugleich Angriffspunkt geopolitischer Rivalität. Wer im digitalen  
638 Raum attackiert, zielt auf die Handlungsfähigkeit des Staates und die Stabilität unserer  
639 Unternehmen ab. Besonders kleine und mittlere Unternehmen haben dabei oft nicht die  
640 Ressourcen und das Wissen für den notwendigen Schutz oder eine Notfallvorsorge. Mit der  
641 neuen Informationssicherheitsleitlinie und der Informations- und  
642 Cybersicherheitsstrategie Schleswig-Holstein schaffen wir ein zukunftsfestes Fundament  
643 für eine sichere digitale Entwicklung des Landes. Ziel ist der wirksame Schutz sensibler  
644 Informationen und Systeme – damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sich  
645 verlässlich sicher und resilient im digitalen Raum bewegen können.

646 Wir setzen verbindliche Standards für Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit von  
647 Informationen – auf Basis der Vorgaben des BSI-Grundschutzes, der entsprechenden ISO-  
648 Normen und der NIS-2-Richtlinie. Wir verbessern kontinuierlich unser  
649 Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS), zentral koordiniert durch ein  
650 zentrales IT-Management mit einem Chief Information Security Officer und einer  
651 flächendeckenden dezentralen Umsetzung. Das CERT Nord unterstützt bei der Abwehr und  
652 Analyse von Cyberangriffen. Es unterstützt landesweit Einrichtungen mit Lagebildern,  
653 Sicherheitswarnungen und Handlungsempfehlungen. Kommunale Akteure können über  
654 den ITV.SH eingebunden werden. Ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch, standardisierte  
655 Meldewege und klare Eskalationsprozesse sind Schlüsselfaktoren für eine reaktionsfähige  
656 Sicherheitsarchitektur. Diese stellt das CERT Nord sowohl in Richtung der beteiligten  
657 norddeutschen Länder, der schleswig-holsteinischen Kommunen als auch Dataport sicher.  
658 Mit unserer Informations- und Cybersicherheitsstrategie Schleswig-Holstein (ICS SH 2025)  
659 stärken wir gezielt die Resilienz unseres Landes und machen Cybersicherheit zum festen  
660 Bestandteil der Digitalstrategie Schleswig-Holstein.

661 Wir unterstützen auch unsere Wirtschaft, sich resilient aufzustellen: Ein möglicher Ansatz  
662 wäre die Einrichtung sogenannter „Resilienz-Scouts“, mit Fokus auf Schlüsselbranchen,  
663 die Unternehmen bei Analysen, Schulungen begleiten und im Ernstfall mit Soforthilfe  
664 konkret unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime  
665 im Landeskriminalamt weiter ausbauen. Sie berät Unternehmen sowohl bei konkreten  
666 Cyberangriffen als auch zu Präventionsmaßnahmen. Dies gilt gleichermaßen für die  
667 Sicherheitspartnerschaft zwischen der IHK Schleswig-Holstein, dem Innenministerium  
668 und dem Wirtschaftsministerium, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der  
669 Wirtschaft und den Sicherheitsbehörden fördert.

670 Indem das Land seine Kapazitäten über CERT-Nord stärkt und kommunale Cyber-  
671 Response-Teams fördert, wird eine dezentrale, bürgernahe Reaktionsfähigkeit aufgebaut,  
672 die auf digitale Angriffe schnell und zielgerichtet reagieren kann. Zudem müssen Melde-  
673 und Analysepflichten für Cyberangriffe ausgebaut werden. Nur wenn Vorfälle umfassend  
674 erfasst und in staatlich koordinierten Task-Forces ausgewertet werden, können sich  
675 Unternehmen und Behörden rechtzeitig wappnen. Um Investitionen in Sicherheit attraktiv  
676 zu machen, sollten Unternehmen dabei unterstützt werden, wenn sie in Cyberschutz,  
677 Notfall-Redundanzen und Schulungen ihrer Mitarbeitenden investieren.

678 Darüber hinaus bedarf es einer neuen, präzisen Cyberstrategie, die Kräfte zusammenführt  
679 und eindeutige Verantwortlichkeiten festschreibt. Eine nationale Schaltstelle für  
680 Cybersicherheit könnte die Koordination übernehmen, bestehende Lücken schließen und  
681 Parallelstrukturen verhindern. Idealerweise sollten Bund, Länder und Wirtschaft in einer  
682 gemeinsamen Architektur wirken, damit wir in Deutschland der digitalen Bedrohungslage  
683 gewachsen sind.

684 Die Informationssicherheit bildet einen weiteren wichtigen Pfeiler für ein Schutzkonzept  
685 unserer kleinen und mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur. Dabei geht es um den  
686 Schutz von Daten und Systemen vor unbefugtem Zugriff, Manipulation und Verlust, indem  
687 sie die drei grundlegenden Schutzziele Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit  
688 gewährleistet. Unternehmen sollen dafür sensibilisiert werden, neben technischen auch  
689 organisatorische Maßnahmen in den Blick zu nehmen, wie den physischen Zugang zum  
690 Unternehmen, den Umgang mit Informationen im Unternehmen und potenziellen  
691 Sicherheitslücken.

692 Alle staatlichen Ebenen sowie die Wirtschaft sollen die digitale Souveränität erreichen.  
693 Deshalb ist es richtig und wichtig, dass Schleswig-Holstein seinen Weg der digitalen  
694 Souveränität weiterführt, in den anderen Ländern und auf Bundesebene dafür wirbt und  
695 auch die kommunale Verwaltung mit Anreizen unterstützt.

696 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 697 • die Umsetzung der Informationssicherheitsleitlinie mit Entwicklung einer
- 698 Informations- und Cybersicherheitsstrategie Schleswig-Holstein,
- 699 • den Ausbau von CERT-Nord-Kapazitäten und die Förderung kommunaler Cyber-
- 700 Response-Teams als Kernbestandteil einer Cyber-Resilienz in Schleswig-Holstein,
- 701 • den Aufbau verbindlicher Risiko-Inventare und Schutzpläne für Unternehmen mit
- 702 kritischer oder sensibler Funktion,
- 703 • die Einführung und Förderung von „Resilienz-Scouts“ in Schlüsselbranchen, die
- 704 Risiken bewerten, Schulungen anbieten und Soforthilfe koordinieren,
- 705 • die Einführung erweiterter Melde- und Analysepflichten bei Cyberangriffen und
- 706 hybriden Bedrohungen,
- 707 • die Schaffung von Anreizen für Unternehmen, die in Cybersicherheit, Informations-
- 708 sicherheit, Notfall-Redundanzen und Mitarbeiterschulungen investieren, auch
- 709 durch die steuerliche Förderung redundanter IT-Systeme,
- 710 • die Entwicklung einer neuen, fokussierten Cyberstrategie für Schleswig-Holstein
- 711 einschließlich Blackout-Plänen mit klaren Verantwortlichkeiten,
- 712 • die konsequente Fortführung der Open-Source-Strategie des Landes.

713

714 **Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein legen**

715 Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt seit Langem die Sicherheits- und  
716 Verteidigungsindustrie in unserem Land. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur  
717 Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union, der  
718 NATO und ihrer Verbündeten. Besonders seit Beginn des andauernden  
719 völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und der hybriden  
720 Bedrohungen, die mit dieser Aggression einhergehen, ist politische Unterstützung mehr  
721 als geboten, um die Kriegstüchtigkeit Deutschlands herzustellen.

722 Im Jahr 2024 zählte die Branche knapp 40 Unternehmen in Schleswig-Holstein, die rund  
723 9.000 direkt in der Wehrtechnik Beschäftigten hochwertige Industriearbeitsplätze bot.  
724 Indirekt für die wehrtechnische Industrie arbeiten weitere 15.000 Beschäftigte in  
725 Schleswig-Holstein. Die Branche ist damit ein Garant für nachhaltige Wertschöpfung im  
726 Land. Das Produktportfolio umfasst den Marineschiffbau, die Landsystemindustrie,  
727 Kommunikationssysteme, Luftfahrtindustrie, Waffen- und Munitionsindustrie sowie  
728 Sensorik-, Optik- und die Optronikindustrie. Ein Fokus liegt dabei auf den Werften für  
729 den Marineschiffbau, der Industrie für Landsysteme und der Kommunikation.

730 Aufgrund des maritimen Know-hows in unserem Land begrüßt die CDU Schleswig-  
731 Holstein ausdrücklich die Gründung des TechHUB SVI Nord, der eine Maklerfunktion,  
732 also eine unabhängige Vermittlerrolle, zwischen (maritimer) wehrtechnischer Industrie  
733 und Bundeswehr einnehmen soll. Besonders kleinen Unternehmen fehlt oft der Zugang  
734 und das Know-how, um an Vergaben der Bundeswehr teilzunehmen. Der Hub soll hier  
735 eine Schnittstelle bilden, um dabei zu unterstützen, die innovativen Produkte unserer  
736 Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüssen von größeren und kleinen  
737 Unternehmen in die Bundeswehr zu bringen. Gleichzeitig kann der Hub so dazu  
738 beitragen, die Bundeswehr bestmöglich auszustatten. Dafür muss der TechHUB SVI Nord  
739 über seine Gründungsausstattung hinaus weiter gestärkt werden. Perspektivisch sollte  
740 das Netzwerk auch für Forschungseinrichtungen geöffnet werden.

741 Das Innovationszentrum der Bundeswehr in Erding zeigt die Notwendigkeit von  
742 Innovationen in der Bundeswehr. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für einen starken  
743 Innovationsstandort im Norden ein. Dafür bildet der TechHUB SVI Nord die Brücke  
744 zwischen Marine, Wissenschaft, Industrie und Startup-Szene. Die WTD 71 spielt dabei  
745 eine entscheidende Rolle.

746 Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, Sicherheitsforschung als  
747 Landesschwerpunkt zu verankern. Ziel ist es, die wissenschaftliche Expertise in  
748 Bereichen wie Cybersicherheit, Katastrophenschutz, Krisenprävention und  
749 gesellschaftlicher Resilienz gezielt zu stärken.

750 Förderprogramme aus Landes- und Bundesmitteln und Unterstützungsstrukturen an  
751 Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen hierfür eine Grundlage schaffen.  
752 Weiterhin soll die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Sicherheitsbehörden und  
753 zivilgesellschaftlichen Akteuren gefördert und wissenschaftliche Erkenntnisse schneller  
754 in die Praxis überführt werden. Wir werden deshalb einen eigenen Lehrstuhl für  
755 Wehrtechnik in Schleswig-Holstein einrichten. Dabei gilt: Wissenschaftsfreiheit und  
756 Hochschulautonomie bleiben Grundprinzipien. Forschung mit möglicher  
757 sicherheitsrelevanter oder militärischer Nutzung („Dual Use“) soll verantwortungsvoll,  
758 ethisch reflektiert und im Einklang mit bestehenden Entscheidungsstrukturen der  
759 Hochschulen erfolgen.

#### 760 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 761 • die zügige Beschaffung von wehrtechnischem Gerät durch den Bund und die
- 762 Schaffung von Planungssicherheit für die Unternehmen sicherzustellen,
- 763 • die Wertschöpfung, Beschäftigung und Leistungsfähigkeit im Land zu halten,

- 764 • eine Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportbestimmungen zu  
765 erreichen,
- 766 • eine Verlässlichkeit von Exportgenehmigungen zu schaffen,
- 767 • die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten der wehrtechnischen Industrie  
768 zu ermöglichen,
- 769 • die nationale Betreuungsfähigkeit sicherzustellen,
- 770 • den TechHUB SVI Nord weiter zu stärken,
- 771 • Sicherheitsforschung als Landesschwerpunkt zu verankern und gezielt durch  
772 Förderprogramme, Kooperationen und praxisnahe Strukturen zu stärken,
- 773 • einen eigenen Lehrstuhl für Wehrtechnik in Schleswig-Holstein.

774

## 775 **5. Wir machen Schleswig-Holstein resilienter**

776 Eine wehrhafte Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie in der Lage ist,  
777 Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und ihnen wirksam standzuhalten. In Schleswig-  
778 Holstein leben wir in einer offenen Gesellschaft, die von Freiheit, Pluralismus und  
779 Rechtsstaatlichkeit geprägt ist. Diese Errungenschaften geraten zunehmend durch hybride  
780 Angriffe, Desinformation, Extremismus und Radikalisierung unter Druck. Die CDU  
781 Schleswig-Holstein steht für eine widerstandsfähige und resiliente Demokratie, die den  
782 Angriffen auf unsere freiheitliche Ordnung mit klaren und wirksamen Antworten begegnet.

### 783 **Desinformationen erkennen und bekämpfen**

784 Die gezielte Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen aus dem In- und  
785 Ausland fordert unsere Innere Sicherheit heraus. Dies geschieht insbesondere durch  
786 gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung. Diese Praktiken werden durch falsche,  
787 mittels Künstlicher Intelligenz erstellte Inhalte, wie zum Beispiel Deepfakes, verstärkt.  
788 Ausländische Akteure versucht dabei, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
789 unsere Demokratie zu destabilisieren.

790 Um die Resilienz gegen diese Einflussnahme von außen sowie unsere Demokratie  
791 dauerhaft zu stärken, ist politische Bildung ein zentrales Fundament. Unsere Demokratie  
792 muss wehrhaft bleiben – durch eine informierte Gesellschaft, die Desinformation und ihre  
793 Zielsetzungen nicht nur erkennt, sondern diese auch aktiv entlarvt und so ihre  
794 Wirksamkeit reduziert. Dazu braucht es verstärkt Medienkompetenz an Schulen,  
795 Hochschulen sowie Weiterbildungsstätten. Auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk  
796 wollen wir beim Kampf gegen Fakenews und Desinformation stärker in die Pflicht nehmen.  
797 Um Desinformationen schneller zu erkennen und ihnen entgegenwirken zu können, wollen

798 wir bei der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein ein Kompetenzzentrum zur  
799 Abwehr von Desinformation einrichten. Es soll Desinformationen monitoren, Fakten  
800 prüfen und die Öffentlichkeit sensibilisieren. Dafür wollen wir eine Online-Plattform  
801 DigitalCheckSH etablieren, die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in  
802 mehreren Sprachen über Desinformationen informiert und aufklärt. Darüber hinaus  
803 benötigt Deutschland eine nationale Einrichtung, die Forschung, Entwicklung und  
804 operative Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Cyberabwehr bündelt und steuert.  
805 Denn Algorithmen, die Falschinformationen oder Deepfakes verbreiten, können nur von  
806 Algorithmen und Künstlicher Intelligenz in Echtzeit erkannt, gemeldet und richtiggestellt  
807 werden.

808 Der Verfassungsschutz und die dort angesiedelte zentrale Stelle „Hybride Bedrohung“  
809 leisten durch Detektion und Ermittlung von Desinformationsakteuren einen großen Beitrag  
810 im Umgang mit Desinformation. Dabei muss der Austausch zwischen Sicherheitsbehörden,  
811 Wissenschaft und Medien intensiviert werden. Da sich Desinformationen heute mehr denn  
812 je in digitalen Räumen verbreiten, müssen diese Inhalte von Plattformbetreibern  
813 schnellstmöglich gelöscht werden. Der Digital Services Act 207 (DSA) nimmt Betreiber von  
814 Social-Media-Plattformen wie Meta oder TikTok in die Verantwortung. Plattformbetreiber,  
815 die ihrer Verantwortung nicht nachkommen, müssen sanktioniert werden.

816 Eine lebendige Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft. Wir fordern daher  
817 die Einführung einer Digitalabgabe großer Plattformen und Tech-Konzerne. Diese Mittel  
818 sollen zweckgebunden der Förderung regionaler und überregionaler Medienvielfalt  
819 zugutekommen, um die demokratische Debattenkultur nachhaltig zu sichern.

820 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 821 • den Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung von Desinformationen,
- 822 • eine engere Zusammenarbeit mit Plattformbetreibern und klare gesetzliche
- 823 Vorgaben für schnelle Löschungen von Desinformationen auf Onlineplattformen,
- 824 • Sanktionen gegen Plattformbetreiber, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen,
- 825 • eine Digitalabgabe großer Plattformen und Tech-Konzerne,
- 826 • Medienkompetenz in Schulen, Universitäten und Weiterbildungsstätten zu stärken,
- 827 um Bürgerinnen und Bürger widerstandsfähig gegen Manipulation zu machen,
- 828 • eine Stärkung der politischen Bildung, um die Grundlagen unserer Demokratie
- 829 dauerhaft zu verankern,
- 830 • Forschung zu Produzenten, zur Wirkung von Desinformation und zu möglichen
- 831 Gegenmaßnahmen gezielt fördern.

832

833 **Konsequent gegen Hass und Extremismus vorgehen**

834 Hybride Bedrohungen spiegeln sich in der Zunahme von Spionage, Sabotage, aber auch in  
835 digitalem Hass sowie Radikalisierung und Extremismus wider. Die Bekämpfung dieser  
836 Bedrohungen gehört mittlerweile zum Alltag unserer Sicherheitsbehörden. Deswegen war  
837 es genau richtig, unsere Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren massiv zu  
838 verstärken und sie auf diese herausfordernden Zeiten vorzubereiten: sowohl personell als  
839 auch durch moderne Ausstattung und die Implementierung von Künstlicher Intelligenz.  
840 Außerdem haben wir neue Sicherheitsgesetze auf den Weg gebracht, die den  
841 Sicherheitsbehörden zeitgemäße Eingriffsbefugnisse an die Hand geben.

842 Der Schutz unserer Demokratie hat auch eine europäische Dimension. Wir unterstützen die  
843 „European Democracy Shield“- Initiative, die Mitgliedstaaten beim Schutz vor  
844 Desinformation und Wahlbeeinflussung sicherstellen soll. Hass und Extremismus zeigen  
845 sich heute digitaler, internationaler und vernetzter. Dafür sollen unsere schlagkräftigen  
846 Cyber- und Ermittlungsstrukturen weiter verstärkt werden. Strafverfolgung muss auch bei  
847 digitalen Hassdelikten konsequent erfolgen. Die Anonymität im Netz darf nicht zum  
848 Freibrief für Hass, Gewalt und Extremismus werden. Deshalb fordern wir eine gesetzliche  
849 Klarnamenpflicht bei der Registrierung in sozialen Netzwerken, flankiert durch  
850 Schutzmechanismen für besonders gefährdete Gruppen. Behörden müssen die Möglichkeit  
851 haben, Identitäten bei Strafverfahren schnell und unbürokratisch nachzuvollziehen.

852 Der Staat muss konsequent gegen Hass und Extremismus von innen und von außen  
853 vorgehen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Integrität des öffentlichen Dienstes.  
854 Extremisten haben dort keinen Platz. Notwendig sind daher konsequente

855 Sicherheitsüberprüfungen sowie eine schnellere Entfernung aus dem öffentlichen Dienst.  
856 Ebenso fordern wir den Entzug von Waffen und Waffenscheinerlaubnissen bei Personen  
857 mit extremistischem Hintergrund. Extremisten dürfen keinen Zugang zu Schusswaffen  
858 haben. Wer durch ein extremistisches Weltbild unsere Sicherheit und Ordnung gefährdet,  
859 darf keine waffenrechtlichen Erlaubnisse behalten. Der Entzug von Waffenbesitzkarten  
860 und Waffenscheinen bei Personen mit extremistischem Hintergrund ist daher notwendig,  
861 um Gefahren konsequent vorzubeugen und die innere Sicherheit zu stärken.

862 Ein konsequentes Handeln unserer Sicherheitsbehörden reicht allein nicht aus. Angesichts  
863 wachsender gesellschaftlicher Spannungen, zunehmender Polarisierung und digitaler  
864 Desinformation setzen wir gleichermaßen auf Maßnahmen der Prävention und  
865 Deradikalisierung. Wir müssen tätig werden, bevor sich Menschen radikalieren. Vor allem  
866 junge Menschen müssen vor dem Abgleiten in die Radikalität und den Extremismus  
867 bewahrt werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Präventionsprogramme des  
868 Bundes „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fortgeführt werden.  
869 Dennoch sollten die Förderbedingungen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

870 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 871 • eine gesetzliche Klarnamenpflicht bei der Registrierung in sozialen Netzwerken,
- 872 • schlagkräftige Cyber- und Ermittlungsstrukturen, um extremistische Netzwerke  
873 frühzeitig zu zerschlagen,
- 874 • konsequente Strafverfolgung auch digitaler Hassdelikte,
- 875 • konsequente Sicherheitsüberprüfungen bei der Einstellung und Entfernung  
876 extremistischer Beamtinnen und Beamter und Angestellten aus dem öffentlichen  
877 Dienst,
- 878 • den Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen bei Personen mit extremistischem  
879 Hintergrund,
- 880 • die Fortsetzung der personellen und technischen Stärkung der Justiz, der Polizei  
881 und des Verfassungsschutzes,
- 882 • die Fortführung der Präventionsprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammen-  
883 halt durch Teilhabe“ bei kritischer Überprüfung der Förderbedingungen.